

Autor: Kilian Pfeffer
Gesprächspartnerin: Franziska Giffey
Redaktion: Evi Seibert SWR Studio Berlin
Sendung: Samstag, 27.02.2021, 18.30 - 18.40 Uhr, SWR2

SWR Interview der Woche vom 27.02.2021

SWR: Frau Giffey, seit Anfang der Woche gehen die ersten Kinder wieder in die Schule, zum Beispiel in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz. Aber nicht nur da. Auch die ersten Kitas öffnen wieder. Ist das eine gute Entscheidung?

F.G.: Also zunächst einmal finde ich es richtig, dass wir jetzt weitere Öffnungsschritte machen. Man muss bei den Kitas ganz klar sagen, da hält sich ja immer die Geschichte, dass die die ganze Zeit zu waren, das ist ja so nicht ganz richtig. Wir haben hier in den neuen Bundesländern einen Appell gehabt, dass die Eltern die Kinder möglichst zuhause lassen. Aber die Kitas waren weiter geöffnet. Und es gibt dort eine sehr große Spreizung in den letzten Monaten der Inanspruchnahme zwischen 20 und 70 Prozent. Die Schulen machen jetzt erste Öffnungsschritte. Und ich finde das richtig, weil wir einfach sehen müssen, dass die Kinder sehr darunter leiden, die Familien sehr darunter leiden unter diesem eingeschränkten Betrieb. Und es ist einfach nötig, dass wir gerade für die Kleineren, die auch noch größere Schwierigkeiten haben, sich selbst zu beschäftigen, die Erstklässler - da haben ja einige noch nicht mal lesen und schreiben gelernt dieses Jahr - dass wir da wieder zurückkehren, damit eben Bildungslücken - aber vor allen Dingen auch Bindungslücken wieder aufgeholt werden. Natürlich muss das verantwortungsvoll passieren. Das ist ja klar.

SWR: Geht damit nicht auch ein großes Risiko einher, wenn man auf die voraussichtlich viel ansteckenderen Corona-Mutanten blickt?

F.G.: Also zunächst einmal sehen wir ja aus sehr vielen Studien, dass gerade die kleineren Kinder bei weitem nicht die Infektionstreiber sind, der Anteil beispielsweise der Null- bis Fünfjährigen an den Erkrankten bei etwa zwei Prozent liegt, obwohl ihr Bevölkerungsanteil bei 5,7 Prozent liegt. Das heißt, man hat einen sehr geringen Grad an Erkrankung...

SWR: Aber man weiß ja noch gar nicht, wie ansteckend diese Corona-Mutante dann möglicherweise ist.

F.G.: Das ist richtig, deshalb muss man ja auch vorsichtig damit umgehen. Und deshalb ist es wichtig, dass eben ein Dreiklang gemacht wird aus diesen Abstands-Hygienemaßnahmen, keine gruppenübergreifende Begegnung, möglichst kleine, geteilte Gruppen und eben allem, was nötig ist, um hygienemäßig vorzusorgen. Aber das ist nur eine Komponente. Wir müssen jetzt dazunehmen das vermehrte Testen und auch das zügige Impfen. Und da sind in dieser Woche ganz wichtige Entscheidungen und Entwicklungen getroffen worden und passiert. Das ist zum einen, dass am Mittwoch ja die ersten Schnelltests zugelassen worden sind - für eben die Laientests. Auch das heißt, es gibt eben ab jetzt die Möglichkeit, dass das Personal sich auch zu Hause selbst testet.

SWR: Da haben Sie sich sehr positiv dazu geäußert, dass das möglich ist.

F.G.: Ich denke, dass das eine große Veränderung sein kann, für ganz, ganz viele Bereiche, nicht nur für den Kita und Schulbereich, nicht nur, um Infektionsketten beim Personal zu unterbrechen - beziehungsweise auch präventiv zu wirken. Sondern in vielen anderen Bereichen der Gesellschaft ist das Testen einfach die Brücke zum Impfen. Und diese Brücke wird durch die Laientests verbreitert.

SWR: Sie hören das SWR Interview der Woche mit Bundesfamilienministerin Franziska Giffey. Frau Ministerin, ich würde gerne über das Dissertationsverfahren sprechen, das jetzt neu angestrebt wird. Ich fasse es nur noch mal kurz zusammen. Also eigentlich sollte bis Ende Februar es ja schon ein neues Gutachten zu Ihrer Arbeit geben, nachdem es schon einmal ein Gutachten gegeben hatte. Es wurde dann eine Rüge ausgesprochen. Sie durften Ihren Dokortitel behalten. Dann wurde aber beschlossen, dass die Arbeit noch mal überprüft werden soll. Und Sie haben darauf angekündigt, Ihren Dokortitel nicht mehr zu führen. Jetzt ist trotzdem ein neues Prüfungsgremium zusammengetreten. Was erwarten Sie da eigentlich?

F.G.: Na ja, zunächst einmal ist es ja schon ein sehr einmaliger Vorgang in Deutschland, dass eine Dissertation dreimal geprüft wird. Also sie wurde ja 2009/10 einmal geprüft, dann 2019. Und dann gab es eigentlich ein abgeschlossenes Verfahren. Das ist mir auch so mitgeteilt worden, ist ja ein Verwaltungsakt, der bescheidet wird. Und das Verfahren ist abgeschlossen gewesen. Und dass ein Verfahren sozusagen ein drittes Mal aufgenommen wird, um eine Arbeit zu prüfen, ist schon ein einmaliger Vorgang. Ich kann das nur so hinnehmen und ja, auch dann ein Stück weit sagen, die Prüfung dauert jetzt so lange, wie sie dauert. Sie ist abzuwarten, und ich habe keine Kenntnis über den Zeitablauf oder auch über die Mitglieder der Kommission. Das muss man jetzt abwarten. Aber für mich ist es eine Situation, in der ich sage, ich habe meine Universität damals gebeten, das zu prüfen, als die Vorwürfe kamen. Es ist ein ordentliches Verfahren durchgeführt worden. Fast ein Jahr lang hat eine hochkarätige Kommission darüber bewertet, sind zu einem Gutachten gekommen, und eine Entscheidung ist gefallen. Und diese war für mich bindend. Und dass aufgrund von Gutachten, die dann noch mal extra in Auftrag gegeben worden sind, das Ganze nun noch mal neu beginnt, damit hätte ich ehrlich gesagt nicht gerechnet. Aber es ist nun so. Und was ich mache, ich lasse mich in meiner Arbeit als Bundesfamilienministerin davon nicht beirren. Und ich habe auch meiner Partei hier in Berlin und auch den Berlinerinnen und Berlinern ganz klar eines gesagt. Ihr und Sie könnt euch auf mich verlassen, egal was passiert. Ich mache ein Angebot für Berlin, ich stehe zur Verfügung. Ich bin bereit, all meine Kraft für diese Stadt zu geben und etwas Gutes zu bewirken. Und die Berlinerinnen und Berliner können sich entscheiden, ob sie dieses Angebot annehmen oder nicht.

SWR: Ist das belastend für Sie?

F.G.: Wissen Sie, das ist, wie es ist, ja. Und ich gehe damit um, und ich habe so viele Dinge, die mich sehr beschäftigen im Moment. Wir leben in der größten Krise der letzten Jahrzehnte. Ich habe Verantwortung für die Familien, für die Seniorinnen und Senioren, für die Kinder und Jugendlichen hier im Land. Wir müssen durch diese schwierige Zeit kommen. Das absorbiert mich vollkommen. Und ich habe gar nicht die Zeit, permanent darüber nachzudenken. Ich konzentriere mich auf das, was jetzt ansteht, sowohl hier im Bund als auch für die Berliner SPD. Und da lege ich meine Kraft rein in die Dinge, die ich beeinflussen und verändern kann.

SWR: Jetzt heißt es, dass es eine Wahlkampfhilfe für Sie wäre. Also die CDU erhebt diesen Vorwurf, wenn das Verfahren erst nach der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus im September abgeschlossen wäre. Wie sehen Sie das?

F.G.: Wissen Sie, das ist ja alles müßig, darüber zu diskutieren, was das wäre. Wir haben hier eine

Universität, die den Anspruch erhebt, wissenschaftlich neutral so lange zu prüfen, wie es dauert. Ich lege Wert auf die Feststellung, dass ich in keinsten Weise irgendeinen Einfluss auf dieses Verfahren habe. Ich bin da nicht eingebunden. Ich mische mich dort nicht ein. Ich bin in einer Situation, wo ich auch abwarten muss, wie der Ausgang des Verfahrens ist. Und da jetzt irgendwie was zu unterstellen, ich weiß nicht, also das hilft auch nicht weiter, ja. Und das ist ja alles letztendlich egal, wann da irgend ein Ergebnis kommt. Irgendjemand wird immer sagen, ja wieso denn vorher - wieso nachher? Also die Universität hat ja selber gesagt, sie will in ihrer Unabhängigkeit eben sich die Zeit nehmen, die sie braucht. Ja, und dann ist es ja gut, wenn das unabhängig verläuft und ein unabhängiges Prüf-gremium also nun noch ein drittes Mal diese Arbeit prüft. Dann muss sich dieses Gremium die Zeit nehmen, die dafür nötig ist. Und ich werde damit umgehen, egal wann das Ergebnis kommt, und wie es dann auch aussieht. Aber eins ist sicher, nochmal, mein Angebot für Berlin steht. Und das ist das Entscheidende. Und da können sich die Berlinerinnen und Berliner und die SPD Berlin auf mich verlassen.

SWR: Was tun Sie, wenn das neue Prüfungsgremium entscheidet, Sie haben getäuscht, der Dokortitel wird Ihnen entzogen? Bei der ersten Prüfung hatten Sie ja gesagt, Sie treten dann als Bundesministerin zurück. Das gilt aber nicht für Ihre Kandidatur fürs Abgeordnetenhaus?

F.G.: Also ich glaube, ich habe alles, was es dazu zu sagen gibt, jetzt wirklich heute mit Ihnen schon besprochen, Herr Pfeffer.

SWR: Frau Giffey, Sie wollen gerne Regierende Bürgermeisterin werden. Wenn das nicht klappt, wechseln Sie trotzdem in die Landespolitik?

F.G.: Auf jeden Fall. Wissen Sie, ich finde so ein Hin- und Hergewechsel nach dem Motto „das eine klappt nicht, dann gehe ich doch wieder“...ich habe mich ganz klar bekannt. Ich bin Kandidatin fürs Berliner Abgeordnetenhaus für das Landesparlament. Und mit der Spitzenkandidatur habe ich mich verpflichtet, für das Landesparlament, für meinen Wahlkreis Rudow, einzutreten. Und das ist auch, egal was passiert. Ich werde da nicht hin- und hermäandern und dann vielleicht doch sagen, „ach, dann machen wir was anderes“.

SWR: Wenn man jetzt auf die SPD guckt. Sie stehen aktuell, jedenfalls in den Umfragen, bundesweit noch schlechter da als bei der Bundestagswahl 2017. Damals waren es 20, jetzt sind Sie bei 16 Prozent. Haben Sie irgendeine Erklärung dafür?

F.G.: Na, das werde ich sehr oft gefragt. Und das ist natürlich eine sehr auch schwierige Entwicklung. Und ich finde das auch sehr bedauerlich, weil, wenn ich sehe, was auch meine Ministerkollegen, die für die SPD im Bundeskabinett sitzen - ob das Hubertus Heil ist, aber auch Olaf Scholz, Svenja Schulze, Christine Lambrecht, Heiko Maas - wir sind ja alle Menschen, die sehr, sehr uns auch der Vereinbarung, die im Koalitionsvertrag ausgehandelt worden ist, verpflichtet fühlen. Wir wollen umsetzen. Wir wollen diese Dinge auch schaffen. Und es hat sich ja schon bei der Zwischenbilanz gezeigt, dass die SPD da mehr geliefert hat als die Union. Und wenn man mal reinguckt, wieviel ist denn nun wirklich geschafft worden, ja, von dem, was wir versprochen haben? Und trotzdem spiegelt sich das nicht wider in den Umfragewerten. Und das ist für uns eine auch sehr schwierige Lage.

SWR: Frustrierend?

F.G.: Naja, es ist schon, es ist schon nicht so schön, ja. Aber wir haben natürlich auch eine Krisensituation. Das zeichnet Krisensituationen aus, dass sich Menschen eben mehr auf die regierungsführende Partei auch konzentrieren. Und hier sieht man ja deutlich, die Union profitiert stärker von diesem Krisenmanagement, von dieser Situation, weil eben vorne auch die Kanzlerin mit der CDU-Zugehörigkeit steht. Und das schlägt sich dann dort stärker nieder.